

# ISOR aktuell

Nummer 4/2005 ★ 13. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ April 2005

Mitteilungsblatt  
der **Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.**

## Erklärung des Vorstands und des Beirats der ISOR e.V. zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Im Namen der nahezu 25.000 Mitglieder der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.) betrachten wir den 60. Jahrestag der Beendigung des vom faschistischen Deutschland entfesselten furchtbaren Krieges am 8. Mai 1945 vor allem als Jahrestag der Befreiung der Völker Europas und auch unseres Volkes von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Völkermord und Rassenwahn, als Befreiung vom Faschismus.

Wir ehren die vielen im Kampf gegen das faschistische Deutschland getöteten Soldaten der alliierten Streitkräfte, insbesondere die gefallenen Soldaten der Sowjetarmee, die dabei die Hauptlast trug und die größten Opfer brachte.

Wir gedenken der Millionen jüdischer Bürger, der Sinti und Roma sowie der Angehörigen vieler anderer Völker und Gruppen, die als Folge der Machtgier und der Rassenideologie des deutschen Faschismus ermordet wurden. Wir gedenken der vielen Millionen Menschen, die auf den weltweiten Kriegsschauplätzen, in Gefangenenlagern oder durch Bomben den Tod fanden.

Wir verneigen uns vor den Opfern des faschistischen Terrorregimes in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern und würdigen den heldenhaften Kampf der antifaschistischen Widerstandskämpfer und aller Menschen, die den Mut und die Kraft hatten, sich diesem Terror entgegenzustellen.

### **Ihr Tod bleibt uns ewig Mahnung und Verpflichtung!**

Wir wissen heute, dass Faschismus und Krieg Resultat der Profitgier des deutschen und von Teilen des internationalen Großkapitals waren, des Drangs von Politik, Wirtschaft und Militär Deutschlands nach Expansion und der Neuordnung Europas und der Welt.

Wir wissen, dass Faschismus und Krieg hätten verhindert werden können, wenn die antifaschistischen Kräfte und die Gegner von Terror und Gewalt gemeinsam gegen den verbreiteten nationalistischen Völkerhass, gegen Antisemitismus und Antikommunismus aufgetreten wären.

Wir erinnern heute daran, dass die im Krieg so erfolgreiche Anti-Hitler-Koalition bald nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands zerbrach und sich die beiden entstandenen Weltsysteme im Kalten Krieg feindlich gegenüber standen. Die beiden deutschen Staaten wurden jeweils Bestandteil eines dieser Bünd-



nisse. Die Gefahr eines neuen Krieges und einer noch verheerenderen nuklearen Weltkatastrophe war zeitweilig sehr groß.

Die politische Entwicklung in beiden deutschen Staaten vollzog sich in dieser Zeit gegenläufig und folgte den strategischen Interessen der jeweiligen Besatzungsmächte, namentlich der USA und der Sowjetunion. Der Umgang mit belasteten Faschisten in Ost- und Westdeutschland erfolgte sehr unterschiedlich. In der SBZ und der späteren DDR wurden Nazis entmachtet, zur Verantwortung gezogen und enteignet. In den Westzonen, der späteren BRD, wurden zahlreiche Nazis als »staaterfahrene Fachleute« rehabilitiert, in die staatliche Verwaltung übernommen und landesweit erneut in verantwortliche Dienststellungen eingesetzt. Zudem wurden ihnen durch Schaffung spezieller gesetzlicher Regelungen großzügige Pensionsansprüche gesichert.

Aus Anlass des **60. Jahrestages der Befreiung** veranstaltet die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) am 7. Mai 2005 um 17.00 Uhr im Theater Karlshorst

### **ein festliches Konzert.**

Daran wirken mit: Der Arbeiter- und Veteranenchor Neukölln, der Hans-Beimler-Chor Berlin, der Ernst-Busch-Chor Berlin und das Schalmeienorchester »Fritz Weineck« Berlin. Karten zum Preis von 8 €, Kinder 4 €, sind erhältlich an der Theaterkasse, Tel.: 5088088 und in der GBM-Geschäftsstelle Weitlingstraße 89, Tel.: 5578397

Die Gründergeneration der DDR – darunter auch viele der von ISOR e.V. vertretenen ehemaligen Angehörigen der KVP/NVA, der Deutschen Volkspolizei und der anderen Zweige des MdI, des MfS und des AZKW, der späteren Zollverwaltung der DDR waren mehrheitlich Antifaschisten, die in KZ's und Zuchthäusern überlebt, an der Front bzw. als Partisanen und Kundschafter der Antihitlerkoalition gekämpft oder politisch in der Emigration gewirkt hatten.

Nach dem Anschluss an die kapitalistische BRD wurden nicht nur die Eigentumsverhältnisse in der DDR grundsätzlich verändert und alle Schaltstellen in Staat, Wirtschaft, Politik, Militär und Justiz neu besetzt, sondern auch die Geschichte, die Ideologie, die Gesellschaftswissenschaften und die dazugehörige Terminologie umgedeutet und neu interpretiert.

Die DDR wird zur »Nachfolgediktatur« und zum »Unrechtsstaat« erklärt. Das geeinte Deutschland beteiligt sich nun wieder an Interventionen und Kriegen. Die Drohung und Anwendung von Gewalt sind wieder Bestandteil deutscher Politik geworden.

Im Zuge dieser Entwicklung fanden sich schon vor Jahren genügend neue Brandstifter, die in ehemaligen Nazigrößen Leitbilder und in der faschistischen Ideologie eine Anleitung zum Handeln sahen. Das Besorgniserregende daran ist, dass ihre Anhängerschaft wächst und jünger wird. Es geht heute darum, den sich zunehmend entwickelnden faschistischen Strukturen unterschiedenen Widerstand entgegen zu setzen.

Die Deutschen aller Generationen haben wegen der jüngeren Geschichte eine besondere Verantwortung. Wir dürfen Neofaschismus und Völkerhetze nicht zulassen.

Wir, die Mitglieder der ISOR e.V., nehmen den 60. Jahrestag des Tages der Befreiung erneut zum Anlass, den Auftrag der Völker der Antihitlerkoalition und den Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald zum Leitsatz unseres Denkens und Handelns zu erklären:

**»Nie wieder Faschismus,  
nie wieder Krieg!«**

Berlin, 30. März 2005

## Aus der Arbeit des Vorstands:

### Bericht über die gemeinsame Beratung von Vorstand und Beirat am 30.03.2005

Prof. Wolfgang Edelmann berichtete über den erreichten Stand bei der Klärung der Einkommens- und Versorgungsverhältnisse im ehemaligen MfS der DDR. Er bewertete es als einen großen Erfolg der Mitglieder der ISOR, die sich mit Petitionen an den Bundestag oder Protestschreiben direkt an das Bundesverwaltungsamt und die BIRTHLER-Behörde gewandt hatten, wenn die ursprünglich strikte Verweigerung der Datenherausgabe überwunden werden konnte. Auch wenn bisher noch keine Unterlagen übergeben wurden, bestehen gute Chancen, dass im II. Quartal mit einer systematischen Auswertung begonnen werden kann.

Hervorragend unterstützt durch sachkundige ehemalige Mitarbeiter des Mdl wurde begonnen, zu Vergleichszwecken erforderliche Unterlagen des Mdl aus dem Bundesarchiv zu sichten und zu analysieren. Analog dazu werden Fachleute der NVA im April dieses Jahres Recherchen in den Beständen des Militärarchivs in Freiburg/Breisgau unterstützen. Die Erschließung einer möglichst breiten und aussagefähigen Datenbasis ist die wichtigste Voraussetzung für eine unvoreingenommene Wertung in Gutachten. Kontakte zu entsprechend anerkannten, neutralen wissenschaftlichen Instituten, die für eine Begutachtung infrage kommen, wurden bereits aufgenommen.

Erst nach der Erarbeitung der Gutachten kann entschieden werden, auf welche neuen rechtserheblichen Tatsachen sich ein erneuter Gang zum Bundesverfassungsgericht stützen kann.

Hauptgegenstand der Beratung war die Vorbereitung der satzungsgemäß einzuberufenden Vertreterversammlung für 2005. Es wurde beschlossen, dass diese am 12. November 2005 in Berlin stattfinden wird. Dazu müssen die Vertreter der TIG in der in der Satzung festgelegten Anzahl neu gewählt werden. Es ist sinnvoll, diese Wahlversammlungen für Rechenschaftslegungen in den TIG und die Wahl neuer Vorstände von TIG mit zu nutzen. Der Vorstand orientiert darauf, die Wahlbewegung in den TIG im April 2005 zu eröffnen und bis zum September 2005 abzuschließen.

Die gewählten Delegierten sind bis zum 14.10.05 an die ISOR-Geschäftsstelle zu melden.

Die wichtigste Aufgabe der Vertreterkonferenz ist die Wahl des Vorstandes sowie der Revisionskommission. Die Mitglieder der ISOR und die TIG sind aufgefordert, Bewerbungen und Vorschläge für den ISOR-Vorstand bis zum 30.09.2005 bei der Geschäftsstelle einzureichen. Da nach der Vertreterversammlung auch der Beirat von ISOR neu zu berufen ist, wird

darum gebeten, ebenfalls bis zum 30.09.05 entsprechende Bewerbungen bzw. Vorschläge bei der Geschäftsstelle einzureichen.

Da nur die Vertreterversammlung befugt ist, die Satzung der ISOR zu verändern, werden Mitglieder bzw. TIG, die Vorschläge zur Änderung der Satzung unterbreiten möchten, aufgefordert, diese mit entsprechender Begründung bis spätestens zum 30.09.2005 bei der Geschäftsstelle einzureichen. Neben Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Wahl, des Referates und der Entschließung hat der Vorstand auch eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung bzw. Überarbeitung der Satzung eingesetzt. Diese unter Leitung von Prof. Horst Bischoff stehende Arbeitsgruppe nimmt noch im April 2005 ihre Tätigkeit auf.

Mitglieder des Vorstands und des Beirats berichteten in der Diskussion, wie in einer Reihe von TIG durch aktive Einflussnahme, Hilfe und Kontrolle der Vorstände die Absendung einer erheblichen Zahl von individuell abgefassten Petitionen erreicht werden konnte (z.B. in Rostock ca. 500, in Gera 330 und in Magdeburg ca. 300).

Sie berichteten weiter, wie ausgehend vom in **ISOR aktuell** Nr. 3/05 veröffentlichten »Offenen Brief« begonnen wurde, neue Mitglieder für ISOR zu gewinnen. Es wurden Initia-

tiven ergriffen, um durch ehemalige Verantwortungsträger und durch anerkannte Angehörige von Kollektiven noch abseits stehenden ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS die Ziele der ISOR nahe zu bringen und sie für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Vorstand und Beirat orientieren auf eine Fortsetzung und Verstärkung solcher Initiativen.

Ausgehend von einem Bericht von Horst Parton über sein Auftreten vor der Mitgliederversammlung der »Initiative für gerechte Altersversorgung« (IGA) unterstrichen die Mitglieder des Vorstands und des Beirats ihre Auffassung, geduldig und konstruktiv an der Stärkung von Gemeinsamkeiten zu arbeiten. Sie sind der Überzeugung, dass die gemeinsamen Anstrengungen zur Klärung der Einkommensverhältnisse im ehem. MfS die sachliche Diskussion weiter befördern und realistische Positionen stärken werden. Möglicherweise zeichnen sich bereits zum Termin der Vertreterversammlung im November 2005 die Konturen der weiteren juristischen Argumentation ab.

Ein Vorschlag, angesichts der absehbaren finanziellen Belastung der ISOR die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, wurde verworfen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Beitragsordnung bereits jetzt zulässt, freiwillig höhere Beiträge zu zahlen und davon auch Gebrauch gemacht werde. Andererseits nimmt die Zahl der Mitglieder zu, deren Beiträge aus sozialen Gründen reduziert werden müssen.

*Wolfgang Schmidt*

## Rentenrecht à la Wiefelspütz

In unserer Ausgabe Nr. 2/2005 berichteten wir von einem Schreiben, das Siegfried Volkelt aus Berlin an den innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Dr. Dieter Wiefelspütz, gerichtet hatte. Anlass war die Fernsehsendung »Hart aber fair« vom 15.12.2004, in der Herr Dr. Wiefelspütz behauptet hatte, dass es nach geltendem Recht für alle Deutschen keine Vermengung von Sozial- und Strafrecht geben würde. Auch ein Verbrecher könne im Alter über das verfügen, was er sich erarbeitet habe.

Daraufhin auf die Straffrenten für ehemalige Mitarbeiter des MfS angesprochen, antwortete Dr. Wiefelspütz am 03.03.2005 Siegfried Volkelt und weiteren ISOR-Mitgliedern, die sich in gleicher Angelegenheit an ihn gewandt hatten, mit einem Text, den vor ihm schon die SPD-Fraktion fast wortgleich versandt hatte. Bei mehr als 200 Zuschriften sei ihm eine individuelle Antwort nicht möglich. Die angeführten Argumente sind dabei weder neu noch originell.

So bittet Herr Dr. Wiefelspütz zu berücksichtigen, »dass diejenigen, die in der DDR aus po-

*litischen Gründen ihr angestrebtes Berufsziel nicht erreichen konnten, und somit vielleicht auch Einbußen in ihrer Rente erleiden müssen, kein Verständnis dafür aufbrächten, wenn bei ehemaligen Angehörigen des MfS eine Leistungsbegrenzung nur durch die Beitragsbemessungsgrenze erfolgte ...«*

Leider gehören die Ergebnisse von Rehabilitierungsverfahren nach 1990 zu den bestgeheutesten Staatsgeheimnissen der BRD. Die genaue Zahl solcher Opfer ist vielleicht auch deshalb nicht öffentlich, weil sich ein Vergleich mit den Opfern der Berufsverbotspraxis in der Alt-BRD anbieten würde.

Erneut wird die dem MfS zugeordnete Sündenbock-Rolle deutlich. Bei Zulassungen zur Erweiterten Oberschule oder zum Studium gab es keine »Regelanfrage« an das MfS. Das MfS hat sich in diese Fragen nur in begründeten Ausnahmen eingemischt und auch dann noch oft, um sektiererische Entscheidungen von Partei- und Schulfunktionären, z.B. bei Kindern von Pfarrern und Medizinern in deren Interesse zu korrigieren. Selbst aus der Haft entlassene Personen hatten in der DDR eine berufliche

► Fortsetzung auf Seite 3

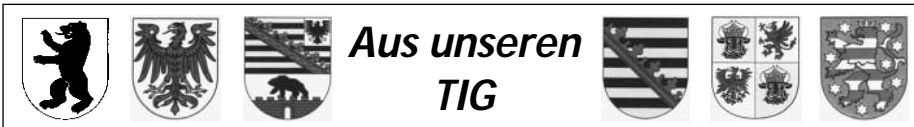
► **Fortsetzung von Seite 2**

Perspektive und wurden vielfach ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt. Ansonsten scheint Herr Dr. Wiefelspütz nicht gelesen zu haben, was das Bundesverfassungsgericht von seiner famosen Argumentation hält. Im sog. E 3-Urteil heißt es nämlich: »...Der Gesetzgeber kann sich zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der von ihm getroffenen Regelungen nicht darauf berufen, die Opfer des SED-Regimes erhielten auf der Grundlage des Geset-

zes über die berufliche Rehabilitierung oft nur eine sehr geringe Altersversorgung; deswegen seien die Kürzungen in § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG ein Gebot der Gerechtigkeit und lägen im Interesse der politischen Akzeptanz. Damit wird ein Zusammenhang hergestellt, der verfassungsrechtlich zur Rechtfertigung der hier festgestellten Ungleichbehandlung nicht trägt. Es ist Sache des Gesetzgebers, Änderungen in der Altersversorgung der Opfer des SED-Regimes herbeizuführen, wenn sich im Zuge der Renten-

überleitung eine Rechtslage ergibt, die im Verhältnis zu den Menschen, die in der Deutschen Demokratischen Republik berufliches Unrecht erfahren haben, als nicht hinnehmbar angesehen wird. Unausgewogenheit in der Altersversorgung kann nicht dazu gereichen, die Beibehaltung einer gleichheitswidrigen Rentenkürzung zu legitimieren.“ (BVerfG 1 BvL 3/98 vom 23.06.2004, Absatz 78) Den Rest der Antwort kann man getrost vergessen.

**Wolfgang Schmidt**



**TIG Strausberg:** Die Ausführungen von Horst Parton zur Vertreterversammlung im Oktober, die veröffentlichten Diskussionsbeiträge, sowie die Hinweise von Wolfgang Schmidt zum Schreiben der Petitionen waren eine gute Hilfe für meine Arbeit mit den Mitgliedern der von mir betreuten Gruppe. Alle 14 Mitglieder wurden von mir angesprochen, und ihnen wurde Hilfe bei der Formulierung Ihrer Schreiben gegeben. Ich habe auch in meiner Verwandtschaft sowie bei Freunden und bei ehemaligen Arbeitskollegen um Unterstützung meines Anliegens gebeten. Ich würde auf diesem Weg alle Freunde anregen, auch in ihrem Freundeskreis eine solche Unterstützung zu erbitten. Hier ist doch eine gute Möglichkeit vorhanden, den massenhaften Druck auf die Regierenden zu verstärken.

Zur **ISOR aktuell** vom Februar möchte ich sagen, daß mir die Erläuterung zum Sozialreport 50 + 2005 sehr gefallen hat. Die Ausführungen sind sehr hilfreich für die Diskussion mit Mitgliedern und Sympathisanten. Des weiteren hat mir der Brief unseres Freundes Siegfried Volkelt an den SPD-Bundestagsabgeordneten Wiefelspütz sehr gefallen. Er ist eine gute Unterstützung bei Gesprächen mit Mitgliedern.

**Harry Naujeck**



**Internationaler Frauentag 2005 in Cottbus:** Lang, lang ist es her, dass so viele Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages an einer festlich geschmückten Kaffeetafel Platz genommen haben. Auf Initiative mehrerer Frauen von Frauenkommissionen der ehemaligen bewaffneten Organe von Cottbus wurde zu einer Feier zum 8. März eingeladen. Schon in der Vorbereitungsphase konnten wir feststellen, dass das Interesse für eine derartige Veranstaltung sehr groß war. Dann war es endlich soweit. Ca. 60 ehemalige Mitarbeiterinnen und Witwen der Angehörigen der bewaffneten Organe (ISOR-Mitglieder, aber auch Nichtmitglieder) trafen sich zu einem gemütlichen Beisammensein bei festlich geschmückter Kaffee-

tafel mit Musik und Tanz. Es wurden natürlich Erinnerungen ausgetauscht und Erfahrungen vermittelt. Die Wiedersehensfreude war groß. Nach mehr als drei Stunden trennten wir uns wieder. Über eines herrschte Übereinstimmung: bis zum nächsten Wiedersehen sollen nicht wieder 15 Jahre vergehen. Wir wollen uns nun jährlich einmal treffen.

Wir danken dem Vorstand unserer TIG und dem Vorstand der ISOR e.V. für die Hilfe und Unterstützung in Vorbereitung und Durchführung unseres Frauentages. Die Frauen des Organisationsteams wollen sich auch weiter für die Belange der Frauen einsetzen. Außerdem werden wir dem Vorstand unserer TIG weiter Unterstützung und Hilfe geben.

**Christa Ziegler, Mitglied des TIG Vorstands**

**Nachsatz:** Liebe Frauen, der Vorstand der TIG Cottbus sagt allen Organisatoren und Teilnehmern dieser Veranstaltung herzlichen Dank. Wir sind davon überzeugt, dass Ihr das Versprechen, weiter aktiv für die Ziele unseres Vereins zu arbeiten, einhalten werdet. Die Unterstützung seitens des TIG-Vorstands ist gegeben. **Werner Schmidt, TIG-Vorsitzender**



Am 26.02.05 führte die **TIG Frankfurt/O** im Gebäude der Europa-Universität Viadrina eine Mitgliederversammlung durch. Etwa 150 Vereinsmitglieder und Gäste (PDS, DBwV, BGV, GRH, Volkssolidarität) sowie Vertreter der TIG **Fürstenwalde, Beeskow und Seelow** folgten aufmerksam den Ausführungen unseres Vereinsvorsitzenden Horst Parton. Die Mitgliederversammlung demonstrierte die Einmütigkeit und Entschlossenheit, unseren Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts fortzusetzen, auch wenn dabei neue Wege gegangen werden müssen und schnelle Erfolge nicht in Sicht sind. Es wurde unterstrichen, dass es nötig ist, den politischen Druck durch massenhafte Petitionen zur Schaffung von Rentengerechtigkeit und zur Herausgabe der MfS-

Lohnunterlagen durch die Bundesbehörden weiter zu erhöhen. Obwohl in unserer TIG die Beteiligung am Petitionsversand gut ist, wird der Vorstand unsere Mitglieder weiter aktiv beim Abfassen von Petitionen unterstützen, damit jeder seinen Beitrag leisten kann. Klar wurde auch – wir brauchen eine neue Offensive der Mitgliedererwerbung, nicht zuletzt, um unsere Finanzkraft weiter zu stärken. Im Schlußwort ging unser neuer TIG-Vorsitzender Klaus Ohmert noch einmal auf unser gemeinsames Handeln ein, wir werden weiter aktiv um Rentengerechtigkeit und gegen Sozialabbau in der BRD kämpfen.

**Jürgen Goebel**



Die **TIG Schwerin** zog auf ihrer Mitgliederversammlung am 2. März eine erste Bilanz ihrer Arbeit seit der außerordentlichen Vertreterkonferenz vom 08.10.04. Vorausgegangen war eine Etappe politischer und organisatorischer Arbeit zur Umsetzung unserer eigenen Aufgabenstellung, mit mindestens 200 Petitionen an den Petitionsausschuß des Bundestages unseren Beitrag in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht zu leisten. Dabei kam den Betreuern die umfangreiche Aufgabe zu, in individuellen Gesprächen die erforderliche Unterstützung zu geben, insbesondere den Älteren und Kranken auch direkte Hilfe bei der Abfassung ihrer Petitionen. Unterstützt wurden sie von den Vorstandsmitgliedern, die Ansprechpartner für jeweils einen oder mehrere Betreuer waren.

Das Ergebnis hat die Mühe gelohnt. Bis 2. März wurden insgesamt 351 Petitionen und 261 Schreiben an das Bundesverwaltungsamt und die BIRTHLER Behörde zur Herausgabe relevanter Daten geschickt.

Erfreulich, daß nicht nur Mitglieder der TIG geschrieben haben; knapp ein Drittel der Petenten waren Sympathisanten, Familienangehörige, Bekannte und auch ehemalige Angehörige, die noch nicht den Weg zu ISOR gefunden haben.

In den nächsten Wochen wollen wir das Ergebnis noch weiter verbessern. Dazu wurden die Mitglieder durch den TIG-Vorsitzenden Lothar Voigt ebenso wie durch den Landesbeauftragten Siegfried Felgner motiviert, der zur

► **Fortsetzung auf Seite 4**